

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

29.06.2018

Gemeinsam aus schwieriger Lage herausfinden

Wir alle wissen, dass wir in einer schwierigen Lage in der Union sind. Die letzten zwei Wochen waren anstrengend für uns, geprägt von Diskussionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern aus unseren Wahlkreisen.

In einem Artikel des Berliner Tagesspiegels vom 27. Juni wird beispielsweise Markus Blume, Generalsekretär der CSU damit zitiert, dass „die Lebenswirklichkeit vor Ort“ wichtiger sei, als Umfragen. Doch genau in diesem Gedanken könnte ein Denkproblem verborgen sein, gab der Artikel des Tagesspiegel mit folgendem Beispiel zu bedenken: „Eine vergleichsweise kleine Gruppe wütender Menschen heizt CSU-Politikern beim Bierfest ein und wählt AfD, die CSU treibt das Thema, die Mitte reagiert, die Medien berichten, das spiegelt sich in den Umfragen. Es ist eine Spirale der Überrepräsentation der Ängste weniger, die zu den Agenda-Settern der Republik werden.“

In den kommenden Tagen gilt es daher wieder verbal abzurüsten und zu den wirklich wichtigen Sachfragen konstruktive und tragfähige Lösungen zu finden.

Ein Asylbewerber, der Schutz in Europa sucht, könne sich nicht innerhalb der Europäischen Union das Land aussuchen, in dem er einen Asylantrag stellt, sagte Bundeskanzlerin Merkel am Donnerstag im Bundestag. Aber auch die Länder dürften nicht alleine gelassen werden, in denen die meisten Flüchtlinge ankommen. Dafür brauche es einer Weiterentwicklung der Dublin-Regeln der Europäischen Union. „Europa hat viele Herausforderungen“, bekräftigte Merkel in ihrer Rede. „Aber die mit der Migration könnte zu einer Schicksalsfrage für die Europäische Union werden.“ Entweder bewältige Europa diese Herausforderung so, dass daran geglaubt werde, dass „uns Werte leiten und dass wir auf Multilateralismus und nicht auf Unilateralismus setzen“, sagte die Kanzlerin „oder aber niemand wird mehr an unserer Wertesystem glauben, das uns so stark gemacht hat.“

Innerhalb der Union sind wir uns in den Zielen einig: Wir wollen Migration steuern, ordnen und die Zahl der kommenden Flüchtlinge über das schon erreichte Maß weiter reduzieren. Wir sind uns auch einig, dass der Versuch der Bundeskanzlerin richtig ist, bi- oder multilaterale Absprachen mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu treffen, die von der Migrationsbewegung besonders betroffen sind. Wir alle wollen, dass nicht Schlepper oder Flüchtlinge den EU-Staat aussuchen, in dem ein Asylantrag gestellt wird. Eine nachhaltige Lösung der Migrationsfrage werden wir am besten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erzielen können. Entscheidend ist, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen, wir wollen ihnen stattdessen in den Herkunfts- und Transitstaaten helfen. Das ist eine Herkulesaufgabe, bei der wir seit 2015 schon viel erreicht haben, bei der wir aber mehr erreichen müssen.

Diese Ziele einen uns, bei der Frage nach den richtigen Maßnahmen sind wir bei fast allen einig. Jede Anstrengung, jede Mühe lohnt, diese Ziele gemeinsam umzusetzen und so unserem Land zu dienen. Das können wir am besten als starke Union, wie der Blick auf die fast 70jährige Geschichte der Bundesrepublik zeigt. Dieser Wille sollte uns auch in den Tagen nach dem Europäischen Rat leiten, wenn wir die Ergebnisse bewerten.

Beim Europäischen Rat am 28./29. Juni stehen drängende Fragen für den Zusammenhalt Europas auf der Tagesordnung. Es wird um Migration, einen besseren Außengrenzschutz und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gehen. Weitere Themen des Europäischen Rats sind Fortschrittsberichte im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie ein erster Meinungsaustausch zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und den Zeitplan bis zu seiner Verabschiedung.

CSU könnte Stimmen an CDU verlieren

Sollte die CDU bei Bundestagswahlen in Bayern antreten, würde sie einer Umfrage zufolge der CSU mehr als die Hälfte der bisherigen Wähler (54 Prozent) abjagen. Das berichtet die "Zeit" unter Berufung auf eine Forsa-Erhebung. Die CDU käme damit in Bayern auf 33 Prozent. In einer offenen gestellten Frage nannten die meisten Befragten zudem als größtes Problem in Bayern die "CSU", mit 39 Prozent vor "Flüchtlingen" (30 Prozent) und "Lage am Wohnungsmarkt", mit 24 Prozent. (Reuters)

Langer Atem erforderlich

Nach den beiden Rekordjahren 2015 und 2016 ist die Zahl der Asylbewerber im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Eine IW-Studie zeigt zudem, dass ihre Integration in den Arbeitsmarkt zwar erste Fortschritte macht, die Beschäftigungsquoten aber noch weit unter denen liegen, die andere Ausländer in Deutschland üblicherweise erreichen. Weil die meisten arbeitssuchenden Flüchtlinge die Voraussetzungen für eine qualifizierte Beschäftigung nicht erfüllen, ist davon auszugehen, dass sie – wenn ihnen irgendwann der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt gelingt – zumeist mit einfachen Jobs vorliebnehmen müssen. Ohnehin ist für die Integration von Flüchtlingen ein langer Atem nötig: So hat es in der Vergangenheit im Schnitt fünf Jahre gedauert, bis die Hälfte der nach Deutschland Geflüchteten eine Arbeit gefunden hatte. <https://www.iwd.de/artikel/die-integration-von-fluechtlingen-erfordert-einen-langen-atem-389406/>

Neue Enquete-Kommission gebildet

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ eingesetzt und beauftragt, die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt zu untersuchen und die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung zu prüfen. Die Enquete soll aufzeigen, wo und auf welche Weise die berufliche Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden müssen und inwieweit die Stärken des Systems dabei weiter ausgebaut und mögliche Zugangshürden abgebaut werden können. Aspekte wie die Sicherung des Fachkräftebedarfs, niedrigschwellige und diskriminierungsfreie Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie künftige Aufgaben unserer Gesellschaft, z. B. pflegerische, pädagogische und Sorgetätigkeiten, sind dabei besonders zu berücksichtigen. Die Enquete hat die Aufgabe, eine klare Strategie für die Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbil-

dung und die Stärkung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in einem Zeitalter des digitalen Wandels von Berufsbildern und Erwerbsbiografien zu formulieren.

Auswirkung von Robotereinsatz

Welche Auswirkung der Einsatz von Robotern auf das Leben der Menschen hat, will der Vatikan 2019 bei einer internationalen Konferenz erörtern. In der Zukunft werde die Beziehung von Mensch und Maschine weiter an Bedeutung gewinnen, sagte der Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, Erzbischof Vincenzo Paglia, laut italienischen Medien (Donnerstag). Die Päpstliche Akademie für das Leben richtet die Konferenz zum Thema Robotik vom 25. bis 27. Februar 2019 im Vatikan aus. Anliegen der Akademie ist laut Paglia, ein vertieftes Nachdenken über die Bedeutung des menschlichen Lebens zu fördern. Dabei soll unter anderem auch das Thema Umwelt in den Blick genommen werden. In diesem Jahr hatte die Akademie sich mit dem Thema Bioethik befasst, die dreitägige Konferenz endete am Mittwoch. Dabei sprachen sich die Teilnehmer für die Entwicklung einer weltweiten Bioethik aus, die sich unter anderem für Menschenwürde, Menschenrechte, Solidarität und Gleichheit stark machen solle. (KNA)

Flexibilität ist Erfolgsfaktor

Flexibilität und Kundennähe sind aus Sicht von Inhabern und Geschäftsführern die entscheidenden Erfolgsfaktoren mittelgroßer Unternehmen. Die Grundlage dafür bilden eine direkte Kommunikation im Unternehmen mit wenig Hierarchie sowie die Fähigkeit, auch schnelle Entscheidungen treffen und umsetzen zu können. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Black Box Mittelstand", die das Demographienetzwerk ddn und die Unternehmensberatung EY gemeinsam durchgeführt haben. Größtes Problem im Mittelstand bleibt der Fachkräftemangel, aber auch der Wertewandel bei den Jüngeren. Die Unternehmen wollen erfahrene Leute halten und haben zum Teil begonnen Ältere anzuwerben. Kritisch äußern sich die Befragten in der Studie zum Ausbildungsniveau von Schulen und Hochschulen. (dpa)

Zitat

„Ich glaube, es geht hier nicht um Herrn Seehofer, CSU oder CDU – es geht hier wirklich um eine gemeinsame Lösung“, (Luxemburgs Ministerpräsident Xavier Bettel im ZDF Heute Journal, 28.6.2018).